

Aktionsplan Klimagerechtigkeit

- Zusammenfassung -

+++ Entwurf vom 14. November 2019 +++

Das kommende Jahrzehnt wird ein entscheidendes für die Menschheit. Die Klimakrise ist längst kein abstraktes Szenario mehr. Der Juli 2019 war weltweit der heißeste Monat seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Mit Hitzerekorden und Dürren, mit extrem starken Wirbelstürmen und Überflutungen erreichen einige Regionen der Erde die Schwelle zur Unbewohnbarkeit. Es sind die Ärmsten der Armen, die von der Klimakrise am stärksten betroffen sind und sie gleichzeitig am wenigsten verursacht haben. Seit Jahrzehnten warnt die Klimawissenschaft vor den Gefahren, die nun sichtbar werden. Es gibt keinen Mangel an Wissen, wohl aber an Konsequenz. Der globale Ausstoß von Treibhausgasen steigt weiter. **Die Erderhitzung ist das größte Marktversagen der Menschheitsgeschichte. Deshalb ist die sichtbare und fühlbare Hand der Politik gefragt. Der Zeitpunkt für entschiedenes Handeln ist nicht irgendwann, sondern jetzt.**

Warum sind die nächsten zehn Jahre so wichtig? Weltweit darf nur noch eine begrenzte Menge Treibhausgase ausgestoßen werden, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur möglichst auf 1,5 Grad, auf jeden Fall aber auf deutlich unter 2 Grad Celsius zu begrenzen. Dies hat sich die Staatengemeinschaft im Dezember 2015 in Paris zum Ziel gesetzt. Deutschland muss seinen gerechten Beitrag dazu leisten, um nicht vertragsbrüchig zu werden. Blicke der Treibhausgasausstoß auf dem Niveau von heute, hätte Deutschland sein Restbudget an Emissionen in wenigen Jahren ausgeschöpft. Die jüngst beschlossenen Klimaschutz-Maßnahmen sind viel zu schwach, damit begeht die Bundesregierung einen Bruch von Völkerrecht mit Ansage. Dies ist umso verantwortungsloser als Deutschland der viertgrößte Klimaverschmutzer der Welt ist, außer den USA, China und Russland hat bislang kein Land der Welt mehr CO₂ ausgestoßen. Handeln alle Staaten so rücksichtslos wie Deutschland, wird der Planet unumkehrbare Kippunkte erreichen, die Artensterben, Hitze- und Dürreperioden sowie Überschwemmungen weltweit in einem Maße auslösen, wie man sie jetzt noch abwenden könnte.

Die FridaysForFuture-Bewegung kritisiert daher zu Recht die Tatenlosigkeit der Regierungen. Sie fordert aber auch von allen anderen politischen Akteuren konkrete Vorschläge und Maßnahmen. Der Abschied von fossilen Energien, von ressourcenfressendem Verkehr, von chemielastiger Landwirtschaft, von der Wegwerf-Unkultur und von vielen anderen Idiotien des heutigen Kapitalismus gelingt nur als gesellschaftliches Erneuerungsprojekt. **Der Kern dieses Projekts ist Klimagerechtigkeit, das Bündnis von sozialer Gerechtigkeit und Ökologie.**

Im Kampf gegen die Klimakrise versagen seit Jahren marktnahe Instrumente wie der Emissionshandel. Die Bundesregierung will jetzt erneut auf den Markt setzen, um wirksamen, aber unbequemen Entscheidungen aus dem Weg zu gehen. Dieser Weg wird scheitern und wertvolle Zeit vergeuden. Er ist auch nicht gerecht. Ärmere Haushalte haben einen viel geringeren CO₂-Fußabdruck, auf sie dürfen die Kosten des Klimaschutzes nicht abgeladen werden. Hier gilt das Verursacherprinzip: **Zahlen müssen Konzerne und Großverdiener.**

Der ökologische Umbau ist eine existenzielle Notwendigkeit. Er kann umso schneller und breiter erfolgen, je mehr er den Geist sozialer Gerechtigkeit atmet und die Menschen demokratisch ermächtigt. Die Freiheit von Angst und die Gewissheit, dass die Zukunft nicht nur für wenige, sondern für alle zu gestalten ist – das sind die mobilisierenden Triebkräfte, die wir jetzt brauchen.

Der Aktionsplan Klimagerechtigkeit zeigt mit einem **Mix von strikter Ordnungspolitik, öffentlichen Förderprogrammen und Infrastrukturentwicklung**, dass in Deutschland **deutlich ambitioniertere Klimaschutzziele bis zum Jahr 2030** umgesetzt werden können. Klare gesetzliche Standards und Regeln, massive öffentliche Investitionen und eine neue öffentliche Förderpolitik sowie der Abbau ökologisch schädlicher Subventionen und Steuerbefreiungen schaffen den Rahmen für die sozial-ökologische Erneuerung. Jedes Jahr, das wir verschlafen, macht den notwendigen Umbau teurer. **Wir müssen den Raubbau beenden und mit dem Umbau beginnen. Gerechtigkeit und Ökologie müssen dabei Hand in Hand gehen.**

ENERGIE: Energiewende beschleunigen und gerechter machen

1. Kohleausstieg und Ökostromausbau forcieren, Akzeptanzoffensive starten

Der Stromsektor kann am stärksten zur Emissionsminderung beitragen. Genug Ökostrom ist zudem Voraussetzung dafür, die anderen Wirtschaftssektoren CO₂-frei zu machen. Darum müssen bis 2030 die letzten Kohlemeiler vom Netz. Der Ökostromausbau muss die Lücken füllen. Das Haupthindernis dafür wird schwindende Akzeptanz. Auch deshalb sind Standortkommunen an den Erträgen der Ökostrombetreiber zu beteiligen.

2. Ökostrom effizient einsetzen statt vergeuden

Mehr Effizienz ist Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende. Gerade für den Einsatz von Ökostrom muss gelten: Efficiency First! Im Verkehrs- und Gebäudebereich wird von Lobbygruppen die Verschwendung von Ökostrom vorangetrieben, um überkommene Technologien zu retten. Dem ist der Kampf anzusagen.

3. Energiewende demokratisieren

Bürgerenergieprojekte sollen nicht an Ausschreibungen teilnehmen müssen, sondern eine feste Einspeisevergütung erhalten. Strom- und Wärmenetze gehören als natürliche Monopole in die öffentliche Hand, Stadtwerke wollen wir stärken.

4. Energiewendekosten gerecht verteilen

Die Industrieprivilegien bei EEG-Umlage, Netzentgelten und beim Emissionshandel gehören endlich auf den Prüfstand. Denn dafür zahlen die Bürger*innen. Zudem müssen die Netzentgelte innerhalb Deutschlands fairer verteilt werden. Stromsperren gehören verboten.

VERKEHR: Mobilität mit Sinn und Verstand

1. (Klima-)Gerechte Verkehrsverhältnisse schaffen

Das bedeutet: Mobilität für alle gewährleisten und die Lebensqualität ins Zentrum rücken; die Macht der Autokonzerne brechen und Mitbestimmung auf allen Ebenen ermöglichen. Wir wollen den Umbau von Infrastruktur, damit ökologisch und sozial gerechte Mobilität und Versorgung normal werden kann.

2. Die Weichen radikal Richtung Verkehrswende umstellen

Ökologische Alternativen mit zusätzlichen Investitionen attraktiv machen: Fuß-, Rad- und öffentlicher Verkehr, Güterverkehr auf der Schiene, emissionsfreier Lieferverkehr. Zentral sind dabei Milliardeninvestitionen insbesondere in den Ausbau des Schienennetzes, die Reaktivierung von Bahnstrecken und von (Güter-)Bahnhöfen sowie der Umbau der profitorientierten DB AG in eine gemeinwohlorientierte und integrierte Bahn, die direkter demokratischer Kontrolle unterliegt. Der ordnungspolitische Rahmen ist klimagerecht zu gestalten, damit klimaschädliches Verhalten keine Frage des Geldbeutels ist. Dazu gehört das Aus für den Verbrennungsmotor ab 2030, Downsizing der Pkw und Beschränkungen für den Lkw- und Flugverkehr. Die Förderung und Subventionierung schädlicher Verkehrsträger ist zu beenden und der Ausbau falscher Infrastruktur zu stoppen.

3. Die Lokale Verkehrswende vorantreiben

Für klar vorgegebene CO₂-Reduktionsziele sollen die jeweils besten Lösungen mit breiter Partizipation aller Betroffenen vor Ort entwickelt werden. Kommunen brauchen dabei mehr rechtlichen Spielraum für Alternativen und die notwendigen finanziellen Mittel. Beschäftigte und ihre Interessenvertretungen brauchen Initiativrechte und bessere soziale Absicherung.

INDUSTRIE: Verbindlicher Rahmen für eine saubere Produktion

1. Klimaschutz-in-der-Industrie-Gesetz (KIG)

Als mit Abstand größter Industrie-Standort der EU muss Deutschland mit einem verbindlichen Klimaschutz-in-der-Industrie-Gesetz vorangehen. Das bedeutet: mit Anreizen und Sanktionen die Energie-Effizienz deutlich steigern und die Umstellung auf erneuerbare Energien erzwingen.

2. KIG-Förderprogramm

Ein Klimaschutz-in-der-Industrie-Förderprogramm ist notwendig. Die Umstellung auf klimaneutrale Produkte und Produktionsverfahren ist aufwändig und wird nur mit staatlicher Unterstützung funktionieren.

3. Reform des EU-Emissionshandelssystems

Der Europäische Emissionshandel (EU ETS) sicherte den Industrieunternehmen Zusatzgewinne und bewirkte klimapolitisch fast nichts; die letzte Reform ist mangelhaft. Deshalb: Grundlegende Überarbeitung des EU ETS in allen Kernpunkten.

GEBÄUDE: Ökologisch wohnen ohne Mieterhöhung

1. Klimaschutz ohne Mieterhöhung

Für Klimaschutz ohne Mieterhöhung! Warmmietenneutrale Sanierungen und klimagerechter Neubau im Rahmen einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit.

2. Energetische Sanierung als Beschäftigungsmotor

Eine Ausbildungs- und Beschäftigungsoffensive für die ökologische Wende in Bau und Planung.

3. Sofortprogramm Ökologischer Umbau für lebenswerte Nachbarschaften!

Das Programm wird ausgerichtet auf eine klimagerechte Erneuerung von Mietshäusern der Nachkriegszeit.

LANDWIRTSCHAFT UND ERNÄHRUNG: Vom Weltmarkt zum Wochenmarkt

1. Neues Leitbild

Für eine Landwirtschaft und Ernährung, die die Versorgung sichert statt maximale Profite der Konzerne, mit der Landwirt*innen von ihrer Arbeit gut leben und gute Ernährung für alle bezahlbar ist.

2. Die Ländlichen Räume stärken

Für einen Wechsel zu einem kooperativen Wirtschaftssystem mit regionaler Produktion, Verarbeitung und Vermarktung sowie Sicherung des Zugangs zum Boden für ortsansässige Agrarbetriebe. Der Verkauf landwirtschaftlicher Nutzflächen an nicht-landwirtschaftliche Investor*innen muss verhindert werden. Land- und forstwirtschaftliche Flächen müssen in öffentlichem Besitz erhalten bleiben und die verbliebenen BVVG-Flächen in Länderhand übergeben werden. Öffentliche land- und forstwirtschaftliche Nutzflächen sind unter sozial-ökologischen Auflagen langfristig an ortsansässige Agrar- und Forstbetriebe zu verpachten. In Zusammenarbeit mit den Ländern sind Strategien zu erarbeiten, wie landwirtschaftliche Nutzflächen zunehmend in die öffentliche Hand als „neue Allmende“ überführt werden können.

3. Sozialökologische Ausrichtung der agrarischen Produktion

Diejenigen werden belohnt und unterstützt, die Umweltmaßnahmen umsetzen und gute Arbeit verrichten und anbieten. Eine Umstellung der EU-Agrarsubventionen auf eine sozialökologische Förderpolitik, eine flächengebundene Tierhaltung und umgerechnet maximal 1,5 Großvieheinheiten auf Landkreisebene bis 2030.

4. Eine klimafreundliche Ernährung für alle

Für eine Ernährungspolitik, die durch positive Anreize die Reduktion des Fleischkonsums um 25 Prozent und durch verbindliche Zielmarken auf allen Ebenen der Lieferkette die Halbierung der Lebensmittelverschwendung bis 2030 erreicht.

CO₂-BEPREISUNG: Vorfahrt für Ordnungsrecht und Förderpolitik

1. Ordnungsrecht und Förderpolitik haben Vorfahrt

CO₂-Preise machen nur dort Sinn, wo sie eine hohe Klimaschutzwirkung bei geringer negativer Verteilungswirkung haben. Vielfach sind gesetzliche Vorgaben und Fördergelder sinnvoller.

2. Strompreise verringern

Durch Abschaffung der Stromsteuer und Minderung der EEG-Umlage kann der Strompreis gesenkt und die Energiewende sozialer gestaltet werden. Niedrigere Strompreise unterstützen zugleich die Ablösung von fossilen Kraft- und Brennstoffen in anderen Sektoren durch Anwendungen, die mittels Ökostrom betrieben werden.

3. Geplanter Emissionshandel für Verkehr und Wärme unsozial oder unwirksam

Das von der Bundesregierung geplante nationale Emissionshandelssystem für Wärme und Verkehr ist ein Placebo, welcher kaum ökologisch steuern wird, dafür aber wirksame Klimaschutzmaßnahmen verhindert.

4. CO₂-Mindestpreise für Kraftwerke und Industrie machen Sinn

Als Ergänzung für einen zu beschleunigenden ordnungsrechtlichen Kohleausstieg können CO₂-Mindestpreise die Energiewende unterstützen ohne soziale Schieflagen zu erzeugen.

DAS GUTE FÖRDERN: Investitionspakt für das Klima

1. Klimagerechtigkeit erfordert signifikante öffentliche Investitionen und eine neue öffentliche Förderpolitik

Menschen brauchen umweltfreundliche und bezahlbare Alternativen, damit die Klimawende gelingen kann.

2. Klimagerechtigkeit ist finanzierbar

Mittel für den Umbau sind kurzfristig aktivierbar durch eine angemessene Besteuerung von Reichtum, die Abkehr von der schwarzen Null, Anleihen öffentlicher Förderbanken mit Unterstützung der Europäischen Zentralbank, den Abbau ökologisch schädlicher Subventionen und Steuererleichterungen sowie Einnahmen aus dem CO₂-Mindestpreis.

3. Klima-Investitionspakt mit vier Säulen

Nötig ist ein Investitionsprogramm über insgesamt 87 Milliarden Euro jährlich, bestehend aus Investitionen in die öffentliche Infrastruktur / öffentlichen Förderprogrammen und Subventionen / öffentlichen Krediten / öffentlichen Beteiligungen.

DEN WANDEL SOZIAL GESTALTEN:

Instrumente einer beschäftigungssichernden Struktur- und Arbeitsmarktpolitik

1. Klimaschutz schafft Arbeitsplätze

Ambitionierter Klimaschutz ist auch ökonomisch vorteilhaft und schafft insgesamt mehr Arbeitsplätze in zukunftsfähigen Bereichen als woanders verloren gehen.

2. Menschen vor Arbeitsplatzverlust schützen

Von Arbeitsplatzverlust bedrohte Menschen müssen mit arbeitsmarktpolitischen Instrumenten (Weiterbildung, organisierte Transfermaßnahmen, Brücken in die Rente) unterstützt werden. Wo dies nicht aus betrieblichen Mitteln finanziert werden kann, muss staatliche Förderung erfolgen.

3. Förderung strukturschwacher Regionen

Strukturfördermittel für die Kohleregionen sind richtig. Aber auch andere strukturschwache Regionen müssen gezielt gefördert werden, um den Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland einzulösen.

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT: Fairer Welthandel statt Ausbeutung & Raubbau

1. Für eine völlig andere Handelspolitik

Statt Unternehmen dabei zu unterstützen, billige Arbeitskräfte und profitable Absatzmärkte auf dem ganzen Globus zu erschließen, müssen regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt werden. Soziale und ökologische Standards müssen verbindlich in allen Handelsabkommen und festgehalten werden. Internationale Handelsabkommen sind neben den allgemeinen sozialen und wirtschaftlichen Kriterien auch danach zu bewerten, inwieweit sie eine Erweiterung globaler Produktionsketten nach sich ziehen und damit den globalen CO₂-Ausstoß zusätzlich erhöhen.

2. Wissens- und Technologietransfer in den globalen Süden

Für gerechte Handelsbeziehungen braucht es einen abgesicherten Wissenstransfer von entwicklungsförderlichen (Klima-)Technologien, damit die Länder des Südens ihre soziale und wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig vorantreiben und an einer regionalen Wertschöpfung teilnehmen können.

3. Nachhaltigkeit der Rohstoffe für die Energie- und Mobilitätswende

Die Rohstoffe für die Energie- und Mobilitätswende müssen sozial und ökologisch nachhaltig beschafft und gerecht bezahlt werden. Um Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung in den abbauenden Ländern entgegenzuwirken, sind ein Lieferkettengesetz und ein Unternehmensstrafrecht erste wichtige Schritte.

KONFLIKTPRÄVENTION: Klimaschutz ist Friedenspolitik

1. Klimaschutz ist Friedenspolitik und Konfliktprävention

Die voranschreitende Erderhitzung verschärft weltweit Spannungen, die bereits wegen sozialer Konflikte oder religiös motivierter Auseinandersetzungen bestehen. Der Kampf um schwindende fossile Ressourcen zieht ebenfalls weltweit Konflikte und Kriege nach sich. Der Umstieg auf regenerative Energiesysteme ist somit auch Friedenspolitik und Konfliktprävention.

2. Abrüstung vermindert Klimagase

Das Militär gehört selbst zu den großen Treibhausgasemittenten und vernichtet enorme Ressourcen. Abrüstung dient folglich auch dem Klima- und Ressourcenschutz.

3. Rüstungsetats umwidmen

Aufrüstung bindet die Mittel, die für die Schaffung von Klimagerechtigkeit, für nachhaltige Entwicklung und Friedensförderung gebraucht würden.

4. Außenpolitik klimagerecht ausgestalten

Im Zentrum der europäischen und deutschen Außenpolitik muss Friedenspolitik sowie eine gerechte Verteilung und nachhaltige Nutzung der vorhandenen Ressourcen stehen.